

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

1.7.1863 (No. 152)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 1. Juli.

N. 152.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einschlaggebühren: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expediton: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Juli begonnene dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Ämter Bestellungen an.
Unsere auswärtigen H. H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende Juni abgelassen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnementspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. H. Abonnenten zuzustellen sind.
Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Voten aufgegeben werden.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 29. Juni.
Hofdienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich glücklich bewegen gefunden, unterm 25. d. M. den Hofrevisor Karl Kies bei der Generaladministration der großh. Kunst- und Maschinenanstalten in gleicher Eigenschaft zur Hofrechnungskontrollkammer, und den Hofrevisor Theodor Heuber, bei der Hofrechnungskontrollkammer in gleicher Eigenschaft zur Generaladministration der großh. Kunst- und Maschinenanstalten zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

△ Breslau, 30. Juni. Wie die „Schlesische Ztg.“ meldet, hat die polnische Nationalregierung „Decrete erlassen, wodurch die Einstellung des Telegraphendienstes und des Bahnbetriebs auf den Linien Warschau-Petersburg und Sibirien-Wilna befohlen wird. Die Verwaltungsberechtigten, Maschinenführer, Bahnwärter, Arbeiter, Telegraphisten u. s. w. werden zu sofortiger Dienstverfassung, und die Privatpersonen zur Nichtbenützung des Telegraphen und der genannten Bahnen angewiesen. Die Uebertretung wird von dem Revolutionsgerichte bestraft.

St. Petersburg, 27. Juni. (W. L. B.) Die französische, englische und österreichische Note wegen Polen wurde heute dem Fürsten Gortschakoff übergeben.

Von der polnischen Grenze, 28. Juni. (W. L. B.) Die Antwort der polnischen Nationalregierung

Kg. Flammen zur Hochzeit.

Die Droschke brachte mich ganz wohlbehalten nach meinem alten Quartier in Orignard's Hotel, kein Duzend Schritte vom Newskoprovost. Ich stieg immer bei Orignard lieber ab, als in den anpruchsvollen und palastartigen Gassen, an denen Petersburg keinen Mangel hat. Es war allerdings nicht groß, aber ruhig, behaglich, und — billig.

Wie ich an dem Drahtstift vorbeikom, welcher in den Vorplätzen der meisten Hotels auf dem Festlande angebracht ist und durch dessen dünnes Gesecht die Briefe erwarteter Gäste wie hinter einem Gängelgitter hervorkucken, warf ich einen flüchtigen Blick auf den Inhalt und sah meinen eigenen Namen, den ich da eben jetzt zu finden nicht gedacht hatte. Jules' Augen folgten den meinigen.

„Ah, Pardon, Monsieur Pearson,“ sagte er, „Pardon, tausend Mal. Ich versäume, daran zu denken, daß vor zwei Tagen ein Brief für Monsieur gekommen ist.“

Damit fuhr er mit seinem Schlüssel heraus, schloß den kleinen Behälter auf und händigte mir mit einem abbittenden Achselzucken und Bückling den Brief ein. Ich öffnete ihn sogleich, er war aber so lang, um seinen Inhalt nur so im Flug herauszulesen; ich steckte ihn also ein, um ihn nach dem Mittagessen gehdich zu lesen, was denn auch, wie ich meinen Braune im hübschen Saal des Hotels schlürfte, mit aller Gewissenhaftigkeit geschah. Er war vor einem lieben alten Freund, der schon lange in Rußland sich anständig gemacht hatte, Ned (Edward) Vaughan mit Namen. Der Schreiber war vom gleichen Beruf mit mir, und Beide waren wir im nämlichen Institut gewesen (sie hießen's ein Institut, es war aber eine Schule, obwohl nur für große Knaben, die technische Dinge studierten) und seitdem feste Freunde geblieben. Und nun war Vaughan, der eine Vorleser für Versuchs-

auf die Vorschläge der drei Mächte ist heute abgegangen und wird auf diplomatischem Weg an ihre respective Adresse gelangen. Kommentare der Zeitungen sind überflüssig. Die Nachricht von Murawiew's Abberufung ist unbegründet; der General vollzieht den Willen seines Souveräns und besitzt dessen volles Vertrauen.

London, 29. Juni. (W. L. B.) Vorgestern ist aus St. Petersburg die Bestätigung der Anzeige vom Empfang der polnischen Noten eingetroffen. — Frankreich hatte nicht die Absicht, England neue Vorschläge bezüglich einer Intervention in Nordamerika zu machen. — Nach „Morning Herald“ erhält Graf Persigny den Petersburger, Graf Walowski den Londoner Gesandtschaftsposten. — Palmerston's Sichtscheiden hat sich bedeutend gemindert.

Deutschland.

München. Denkschrift, die Propositionen der k. k. österreichischen Regierung vom 10. Juli 1862 bezüglich der Erneuerung und Erweiterung des Zoll- und Handelsvertrags vom 19. Februar 1853 und deren Verabreichung auf der 15. Generalkonferenz betr., d. d. 25. April 1863. (Schluß.)

Anders würde sich die Sache allerdings im entgegengesetzten Fall verhalten, wenn nämlich eine oder mehrere der Vereinstregierungen, indem sie einerseits die Erneuerung des Zollvereins als einen Präjudizpunkt für die Inbetriebnahme der österreichischen Propositionen ansehen zu müssen glauben, andererseits die Absicht hegen sollten, diese Erneuerung davon abhängig zu machen, daß einzelne den Interessen anderer Vereinstglieder widersprechende Maßregeln oder Modifikationen der Vereinstverträge allgemein anerkannt werden, und wenn dieselben gesonnen wären, lieber aus dem Verein zu scheiden, als auf die Realisirung ihrer Absichten zu verzichten. Die k. bayerische Regierung hat niemals eine solche Eventualität für wahrscheinlich erachtet, indessen nehmen gleichwohl einige in Mitte liegende Erklärungen dieselbe in Aussicht, und wenn auch bayerischer Seite der letzteren schon eine entscheidende Tragweite nicht zugewiesen wird, so erscheint es doch in der Natur der Sache gelegen, auf die Möglichkeit einer derartigen Eventualität hier Rücksicht zu nehmen.

In einem solchen Fall wäre nun ungewißhaft die Erneuerung des bisherigen Zollvereins nicht allein in Frage gestellt, sondern vielmehr sofort als unerreichbar zu betrachten. Die weiteren Konsequenzen einer solchen Lage bedürfen aber keiner näheren Erörterung.

Die k. bayerische Regierung hat jedoch, wie bereits bemerkt, niemals eine solche Eventualität für möglich erachtet, und glaubt auch jetzt noch nicht, auf dieselbe weiter eingehen zu sollen. Sie glaubt vielmehr in den vorliegenden österreichischen Propositionen das geeignetste Mittel zu erkennen, um aus der bedenklichen Situation, welche auf den vorläufigen Abschluß der Berliner Verträge vom 2. August v. J. gesehrt ist, auf eine für alle Theile befriedigende Art herauszukommen, und eine neue, für die Entwicklung der deutschen Verkehrsverhältnisse günstige Grundlage zu gewinnen.

Sicherlich werden alle Vereinstregierungen mit der bayerischen die Ueberzeugung theilen, daß die gegenwärtige Situation eine für alle Interessenten gleichmäßig gefährdende ist, und jedenfalls nicht durch ein Beharren auf dem bisherigen Standpunkt beseitigt werden kann. In einer solchen Lage kann nur der Uebertritt auf eine neue Basis die drohende Gefahr einer immer tiefer greifenden Verwicklung beilegen. Eine solche neue Basis können aber nach der Ansicht der bayerischen Regierung die österreichischen Propositionen bilden; und welches auch die fernere Entwicklung und endliche Feststellung sein möge, so würde der Eintritt in deren Erörterung jedenfalls für den Augenblick den großen Vortheil darbieten, daß

er allen Interessenten die Erhaltung des Zollvereins und den Uebertritt in eine neue — von der bisherigen wesentlich verschiedene — Situation möglich machte.

Die königl. bayerische Regierung hat daher auch die Einladung zur Erörterung dieser Propositionen in der Art aufgefaßt, daß sie die Bereitwilligkeit hiezu zugleich als den Ausdruck der Absicht der betreffenden Regierungen betrachte, den bisherigen Zollvereins-Vertrag fortzusetzen, und seine Erneuerung nicht durch Bedingungen und Forderungen, welche eine allseitige Annahme nicht zulassen, in Frage zu stellen.

Für diejenigen Regierungen aber, welche gleichwohl nicht geneigt sind, allenfallsige Aenderungen an den Hauptgrundlagen der bisherigen Zollvereins-Verträge einer spätern Zeit zu überlassen, vielmehr dieselben schon jetzt zur Sprache zu bringen, dürfte gerade in den österreichischen Propositionen eine dringende Veranlassung gelegen sein, ihre Anträge im Allgemeinen schon jetzt zur Kenntniß der übrigen Vereinstregierungen zu bringen. In jedem Fall aber möchte wohl darüber kein Zweifel obwalten, daß es mit den Rücksichten gegen Oesterreich sowohl als gegen die übrigen Vereinstmitglieder nicht wohl zu vereinen sein würde, einerseits jede Erklärung gegen Oesterreich zu unterlassen, oder auf unbestimmte Zeit zu verschieben, und andererseits eben so wenig die Vereinstmitglieder von der eigenen Ansicht über die gegenwärtige Lage und die Mittel zu ihrer Beseitigung im Ungewissen zu lassen. In welcher Form sich die Vereinstregierungen sowohl unter sich als gegenüber von Oesterreich erklären, ob sie hiezu die gegenwärtige Generalkonferenz oder einen besondern Zusammentritt wählen wollen, ob eine gemeinsame Erörterung oder nur eine gegenseitige Mittheilung der Ansichten im Korrespondenzweg gewählt wird, würde zwar an und für sich wohl von geringerer Bedeutung erscheinen, und es dürfte kaum eine Vereinstregierung gemeint sein, auf diese rein formelle Frage einen größeren Werth zu legen, und ihremwegen das Hauptresultat zu erschweren oder in Frage zu stellen.

Da aber die Generalkonferenz als das regelmäßige und durch die Vereinstverträge ausdrücklich für die Verabreichung wichtigerer Fragen bestimmte Organ ohne ihres Entstehens entgegen ging, auch die österreichischen Propositionen schon seit langer Zeit allen Vereinstregierungen bekannt waren, und es sich vorläufig nicht um deren Detailverhandlung, sondern nur darum handeln konnte, welche Antwort der k. k. österreichischen Regierung hierauf von Seiten des Vereins im Allgemeinen zu ertheilen, und in welcher Art und Weise gegebenen Falles die Verhandlungen weiter zu führen sein würden, so glaubte die bayerische Regierung, daß hiezu die gegenwärtige Generalkonferenz die passendste Gelegenheit darbieten werde. Die Bemerkungen, welche gegen diesen Vorschlag geltend gemacht worden sind, haben ihre beifällige Ansicht nicht zu ändern vermocht.

Alle diese Erinnerungen würden gegen jede andere Art der Verhandlungen in gleicher Weise geltend gemacht werden können, während sie die dringende Nothwendigkeit, daß der Verein sich in irgend einer Weise über die Anerbietungen Oesterreichs erkläre, in keiner Weise berücksichtigen. Erkennt man die Nothwendigkeit einer Antwort an, so ist die Art und Weise der Verabreichung derselben lediglich eine Formfrage, und wohl kaum im Interesse des Vereins gelegen, eine Differenz hierüber zum Motiv einer unbestimmten Verzögerung der Sache selbst zu machen. Die kgl. bayerische Regierung glaubt daher mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache, auf den bereits verfloffenen Zeitraum, der jedenfalls zur nähern Erwägung genügend war, sowie auf das Bedenkliche der gegenwärtigen Lage, darauf beharren zu sollen, die einmal angeregte Frage wiederholt den Vereinstregierungen vorlegen und sie zur baldigen Erklärung und beifälligen Instruirung ihrer zur gegenwärtigen Generalkonferenz abgeordneten Bevollmächtigten einzuladen zu sollen. Sie hat schon früher eine materielle Prüfung der

landwirtschaft hatte, die rechte Hand bei einem vornehmen russischen Gutsbesitzer, tief im Innern, und mit der Tochter des schottischen Direktors der Baumwollenspinnerei des Fürsten verlobt, mit der er sich nächstens verheirathen wollte, und eben um mich zu der Hochzeit, wozu der Tag bereits festgesetzt war, einzuladen, hatte Vaughan geschrieben: eine lange Epistel, wie sie eigentlich Keiner einem Freunde anstehen sollte, außer in so einer Zeit, wo ein neues Leben mit all' seinen neuen Sorgen, Hoffnungen und Freuden ausging. Mein Freund sollte auf seinem gegenwärtigen Posten nicht bleiben. Er sollte mit seiner jungen Frau nach einer der asiatischen Befestigungen des Fürsten Emindoff — einem weit größeren Ort, als dem europäischen, auf dem Ned bisher lange angestellt war — überziehen und da einen reichen Gehalt und volle Macht haben, Alles zu ändern, was seinen Plänen im Weg stand, von den Kasanen der Bauern bis zur Gestalt der Pflugscharen. Er stieß über von lebenden Hoffnungen, Lobeserhebungen seiner Emma — so hieß sie, nach ihrer, vor einigen Jahren verstorbenen, englischen Mutter — und schönen Zukunftsträumen; beteuerte aber, das Maß seines Glücks würde nicht vollkommen sein, wenn ich nicht zugegen wäre, um den „Grenzgenoss“ bei der Hochzeit vorzustellen, einen Monat auf dem Out bei ihm zuzubringen und ihnen glückliche Reise zu wünschen, wenn sie zu ihrem Hüttenwehens „Ausflug“ über die Uralberge aufbrächen, in eine neue Heimath.

Edward that sein Möglichstes, mich in Versuchung zu führen. Er schülderte mir die Prachthage, die er mir bieten könne, da das Bild in des Fürsten wohlverordnetem Zorn während des Herrn Abwesens dem deutschen Verwalter und dem englischen Ingenieur zur Verfügung stand. Er machte geltend, was für eine treffliche Gelegenheit dies sei, einen wenig-befangenen Theil Rußlands zu sehen, wo das Landvolk eigenthümliche Sitten und wunderliche Gebräuche habe, wie ich sie in den besser gekannten Theilen nicht fände. Auch machte er meine Neugier auf die Gemälde, Bildsäulen und tausendlei kostbare und seltene Gegenstände regte, die der Vater des gegenwärtigen Fürsten zusammen-

brachte und die jetzt vernachlässigt und ungeschen zu Batschuway, in einem nur von Diensthöfen bewohnten großartigen Schloß sich befanden.

Das war Alles recht anziehend; zwei Gegenstände wollten aber auch berücksichtigt sein: erstlich, würde die Ausgabe nicht zu stark für meine schwächliche Börse sein? zweitens, hatte ich übrige Zeit? Der Zufall fügte es, daß diese beiden Bedenken sich in einer Art lösten, die ich für betriebligend anjah. Als ich mich auf die Geschäftshütte der Ingemannländischen-Fortsetzungsreisen-Gesellschaft begab, sagte man mir dort, daß man wegen des Ausbleibens verschiedener in England bestellten Betriebsmaterials meine Dienste auf einige Wochen nicht bedürfe, in denen ich meinen Gehalt beziehen, über meine Zeit aber frei verfügen könne; und eine Verabreichung mit einem erfahrenen anständigen Mann, an den ich Empfehlungsschreiben mitgebracht hatte, gab mir die Ueberzeugung, daß eine ganz mäßige Summe hinreichen würde, mich und meinen Mantelsack in dem schönen Sommerwetter von Moskau nach dem Gouvernement Mohilew, wo Vaughan lebte, zu befördern.

„Staub und Fliegen werden Sie die Menge treffen, allein die Straßen werden leicht zu besahren sein, und das Reisen mit Post, wenn nicht tiefer Schnee oder Koth viele Pferde nöthig machen, ist wohlfeil in Rußland,“ sagte mein Auskunftsgeber.

„Sie werden jedoch wohl thun, Herr Pearson,“ fuhr er fort, „die Augen offen zu halten auf das, was um Sie vorgeht. Das Volk ist in einem ganz eigenen Zustand der Gährung, Himmelweit verschieden von der alten Erklarung, die sonst das russische Gesellschaftswesen kennzeichnet, und der Zauber der Regierungsmacht bedeutend geschwächt. Ich möchte nicht eben — wäre ich Sie — übers lang, gegenwärtig, in den roheren Provinzen mich aufhalten.“

Ich konnte mich kaum des Wählens über diese wohlgemeinte Warnung erwehren; für alle dergleichen Winke hatte ich seit Jahren consequent Ohren gehbt, so auch jetzt.

(Fortsetzung.)

*) Seitenstück zu „Das Trauerpiel von Weißdorf,“ im Heftlein vom 31. Okt. u. ff., 1862.

österreichischen Propositionen angeordnet, und es liegt deren Resultat bereits vor; allein obwohl dasselbe allerdings Anhaltspunkte zur weiteren Erörterung darbietet, glaubt sie doch demal von einer solchen noch Umgang nehmen zu sollen.

Ihrer Auffassung nach handelt es sich gegenwärtig bloß um die Beantwortung der Frage: welche erste allgemeine Rückäußerung der österreichischen Regierung auf ihre Propositionen und in welcher Form diese gegeben werden solle. Nach der oben erörterten Ansicht über die Verbindung dieser Frage mit jener der Erneuerung des Zollvereins wäre diese Erklärung, und zwar im Namen und im Auftrag der sämtlichen Vereinsregierungen, durch diejenigen Regierungen, welche schon früher für die Verhandlungen mit Oesterreich ermächtigt waren, dahin abzugeben: daß der Verein geneigt sei, die Verhandlungen mit Oesterreich über die Fortsetzung und Erweiterung des Vertrags vom 19. Februar 1853 aus Anlaß der neueren Propositionen wieder aufzunehmen und in nächster Zeit, und zwar gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins, zu eröffnen.

Wie bereits erwähnt, stehen beide Verhandlungen in einem innern Zusammenhang; es erscheint jedoch keineswegs notwendig, daß der Abschluß der einen der andern vorausgehe, sondern wie bei den Verhandlungen vom Jahr 1852 bis 1853 wird ein gleichzeitiger Abschluß wohl das Gezieligste sein.

Die Erneuerung des Zollvereins aber kann, bei der allseitig vormaltenden Disposition hiefür und der Erkenntnis seiner Wichtigkeit, wohl von dem Momente an als gesichert betrachtet werden, wenn sämtliche Vereinsregierungen darin übereinstimmen, daß sie die Zollvereins-Erneuerung an und für sich für das höchste gemeinsame Interesse erachten.

Sollte es gleichwohl nicht gelingen, hierüber, oder über die an Oesterreich zu erhaltende vorläufige Antwort eine Uebereinstimmung zu erzielen, so würde nur erübrigen, daß wenigstens diejenigen Regierungen, welche bezüglich der Erneuerung des Zollvereins-Travats und der weiteren Verhandlungen mit Oesterreich im Wesentlichen übereinstimmen, sich bezüglich ihres weiteren gemeinschaftlichen Verfahrens in beiden Richtungen unter sich verständigen.

Die königl. bayerische Regierung hat es für ihre Pflicht erachtet, bei der unabweislich höchst kritischen und für alle Teilnehmer gleiche Gefahr drohenden Lage des Zollvereins ihre Ansichten über dieselbe, sowie über die Mittel zu einer Aenderung dieser Lage offen darzulegen, hoffend, daß die Erkenntnis der drohenden Gefahr und das ohnedies alle Vereinsregierungen belebende Bestreben einer zweckmäßigen Beseitigung derselben auf den richtigen Weg leiten und eine betriebende Lösung herbeiführen werde. In diesem Sinn richtet sie daher auch an alle übrigen Vereinsregierungen das angelegentlichste Ersuchen: ihre Darlegung und ihre Anträge würdigen und ihre Bevollmächtigten zur gegenwärtigen Konferenz baldmöglichst mit Instruktion hierüber versehen zu wollen.

Darmstadt, 28. Juni. Gestern Abend ist der Großherzog von seiner Reise durch die Provinz Oberhessen zurückgekehrt; er wurde mit großen Freudenemonstrationen (Chrenporten, Beleuchtung der Stadt u. s. w.) empfangen.

Darmstadt, 29. Juni. (Fr. Z.) Das Gesuch Warburg's um Verweisung seiner Sache an ein anderes Obergericht wurde in heutiger Sitzung des Kassationshofs verworfen.

Köln, 25. Juni. Der Jahresbericht der Kölner Handelskammer sagt, wo er die preussische Politik betrifft, Folgendes:

Wir würden unserer Ansicht nach die uns obliegenden Pflichten außer Acht lassen, wollten wir den beklagenswerthen innern Konflikt mit Stillschweigen übergehen, welcher bereits seit einer Reihe von Monaten über unser engeres Vaterland hereingebrochen ist. Die Ungewissenheit darüber, wann und wie die Lösung stattfindet, macht die Gemüther befangen und lähmt den Unternehmungsgeist auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Wie sollte es auch möglich sein, daß die äußeren Glieder eines Organismus eine normale Thätigkeit entfalten, während in den Funktionen der edelsten Theile desselben ein Zwiespalt eingetreten ist! Je länger die Ausgleichung auf sich warten läßt, desto tiefer werden die Rückwirkungen empfunden werden und desto bedenklicher dürfte die innere und äußere Lage Preußens sich gestalten. Wir fühlen uns daher gedrungen, in Uebereinstimmung mit der Auffassung der gesetzlichen Vertreter des Landes uns dahin auszusprechen, daß wir wieder die Beibehaltung der dreijährig n Dienzeit und eines erhöhten Präsenzstandes der Armee aus wirtschaftlichen Rücksichten für erwünscht zu halten vermögen, noch daß uns die für das Heerwesen in Aussicht genommene Summe der Steuerkraft des Landes entsprechend und mit den Rücksichten vereinbar erscheint, welche anderweitige produktive Verwendungen von Staatsmitteln dringend erfordern.

Altona, 27. Juni. (Südd. Ztg.) Die schleswigsche Ständerversammlung wird am 18. Juli zusammentreten. Die deutsche Mehrheit dieser Versammlung hat leider bei den Neuwahlen zwei Stimmen verloren und beläuft sich nur noch auf 24 Stimmen, gegen 15 dänische und 4 „wilde“.

Berlin, 28. Juni. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ druckte dieser Tage aus dem „Elbing. Anz.“ ein Schriftstück ab, welches, wie dieses Blatt behauptet, ihm durch Zufall in die Hände gerathen sei. Wir haben davon kaum Notiz nehmen zu müssen geglaubt, da das Ganze offenbar kein Mystifikation sein Dasein zu verdanken, d. h. eine den Führern der liberalen Partei unterschobene Ausgeburt reaktionärer Phantasie zu sein schien. Da dasselbe jedoch in der Presse mehr als billig Staub aufgewirbelt hat, wollen wir zur Charakterisirung des Nachwerts einige Proben daraus mittheilen. Es heißt darin u. A.:

Ueberall kommt es auf die den traurigen Zuständen entsprechende Haltung der städtischen Behörden an. Da es... Ein Hochwohlgeborener... gelungen ist, dieselben im Wesentlichen nach unserm Intentionen zu gestalten, so sind wir überzeugt, daß Sie Einfluß genug haben werden, um die Ihrer speziellen Aufsicht anvertrauten Korporationen zu jener Haltung zu bestimmen, welche man in Italien und Polen nicht unrichtig als Landestrainer bezeichnet hat. Doch ist dieses Wort noch sorgfältig zu vermeiden. Nach dem Perron des Bahnhofes werden Sie treue Leute dirigieren und denselben eine düstere Haltung anempfehlen lassen. Wo jedoch feudale Begegnungen hervortretend vorkommen, und wo die ungebildeten Massen der Bevölkerung dennoch von lauten Freudenbezeugungen sich nicht zurückhalten, da wird die Presse mit dem ihr nun schon durchgehends geläufigen Takte die Vorgänge zu behandeln oder ganz zu ignorieren haben. Da wir uns bei der großen Theilnahmlosigkeit in Berlin zu... für eine durchaus würdige Haltung des Volkes haben entscheiden u. s. w.

Die oben angeführten Blätter zeigen nicht übel Luft, daraus den

blutigsten Ernst zu machen und möglichst viel politisches Kapital herauszuschlagen. Die freisinnige Presse desavouirt das armselige Schriftstück in energischer Weise. Die Diskussion der Presse über diese Sache ist in vollem Gang.

Die feudale Partei gibt sich alle Mühe, die Zahl ihrer Preßorgane zu vermehren. Dabei bedient sie sich in dem Kampfe gegen die ihr verhaßte liberale Presse einer Ausdrucksweise, deren Plumpheit kaum zu überbieten ist. Davon nur eine kleine Probe. Die „Berliner Neuve“ zitiert die neuesten Verwarnungen mit dem Anfügen:

Aus den liberalen Provinzregierungspräsidenten von Sumbinnen und Wenden. Dagegen noch immer keine Verwarnung aus Breslau.

In einer Anmerkung wird dann gesagt:

Während Obiges bereits zum Satz gegeben war, erfuhren wir die Verwarnung der „Breslauer Zeitung“. Die beiden kleinen demokratischen Blätter sind aber noch immer leider nicht verwarnt.

Die „N. A. Z.“ dementirt das Gerücht einer demnächst bevorstehenden, angeblich in ihren Grundzügen bereits genehmigten Reorganisation des Berliner Polizeipräsidiums. Nur die Einfügung der Schutzmannschaft als Exekutivpolizei in die sonstige Organisation bestätigt sich, und da die Stelle eines besondern Befehlshabers der Schutzmannschaft in Wegfall kommt, ist der Ob. Pagte einstweilen zur Disposition gestellt worden, vorbehaltlich seiner bevorstehenden Verwendung in einem andern Theile der Verwaltung. — Wie man hört, beabsichtigt die preussische Regierung die Absendung eines Ingenieurs nach dem Kriegsschauplatz in Nordamerika.

Der König hat seither täglich in Karlsruhe mit dem Ministerpräsidenten gearbeitet und wurde derselbe auch darauf immer zur Tafel gezogen, die gewöhnlich aus zehn Gedecken besteht. Am nächsten Mittwoch wird Hr. v. Bismarck den Kurort verlassen. Wie von dort mitgetheilt wird, ist es jetzt zweifelhaft geworden, ob der König zu einem längern Aufenthalt nach Ragaz geht. Regierungsrath Zitelmann kommt Mittwoch wieder hieher zurück. — Verwarnungen erhielten: Das „Gemeinnützige Wochenblatt“ (Erlitt), der „Bürger- und Bauernfreund“ (Sumbinnen), die „Montags-Zeitung“ (Königsberg), die „Wochen-Zeitung“ (Lissa). — In Westphälisch-Hall und in Neuwied wurde die „Kreuzzeitung“ aus Vereinen ausgekugelt; im ergrünanten Orte und in Burscheid erklärte man sich auch gegen die „Köln. Ztg.“

Wien, 27. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte gestern die Adreßdebatte fort, und zwar begann die Spezialdebatte. In derselben wurde, nach der „Presse“, beiläufig die Hälfte des Adreßentwurfs erledigt und durchgehends nach dem Antrage der Kommission angenommen. Die wesentlichen Momente der ihrem Grundcharakter nach polemischen Debatte betrafen einzelne, von den vorgetragten Rednern angeregte Punkte, namentlich die ungarische Verfassungsfrage, die Zollfrage, die deutsche Bundesreformfrage und die politische Angelegenheit. In der Frage über den Verfassungstreit mit Ungarn haben sich die Redner besonders durch Das, was Dr. Berger gesagt, provozieren lassen. Man ereiferte sich darüber, ob die Transaktion bereits mit einer außerparlamentarischen Vorverhandlung zu eröffnen, oder ob ungarischer Landtag und Reichsrath mit einander parlamentiren sollen. Alle waren darüber einig, daß die Transaktion selber nur durch den Reichsrath verfassungsmäßig vollzogen werden kann. Das Ministerium schwieg bei der Diskussion über diesen Punkt. Die Zollfrage fand nur eine leise Anregung durch den Abg. Winterstein, der freihändlerischen Tendenzen Ausdruck gab, und der eine Erklärung des Grafen Rechberg (s. u.) provozierte. Die Spezialdebatte über den die politische Frage betreffenden Absatz des Adreßentwurfs war merkwürdig von dem müssigen Eindruck beherzigt, den die geistige Rede des Abg. Grocholski bei der Majorität des Hauses hervorgerufen hatte. Herbst stellte ein die Integrität des Reiches scharf betonendes Amendement. Grocholski ergriff noch kurz vor der Abstimmung über das Amendement das Wort, um sich gegen die Auffassung zu verwehren, als hätte er vorgestern die Eventualität einer Abtrennung Galiziens vom Reiche in Aussicht genommen. Das Herbst'sche Amendement wurde angenommen. Provoziert durch ein Amendement des Abg. Schindler, ergriff Graf Rechberg das Wort; allein er begnügte sich, die allgemeinen Redensarten zu wiederholen, die bereits aus der vorjährigen Budgetdebatte bekannt sind. Er appellirte auch an den Patriotismus des Hauses und der Bevölkerung für den Fall, als ein auswärtiger Feind unsere Grenzen bedrohte (s. u.). Das Amendement Schindler's wurde wieder zurückgezogen. Zum Abschluß über die Fortbildung der Verhältnisse des Deutschen Bundes und seiner Zollgebiete ergriffen die Abgg. Brinz und Rechbauer das Wort, Ersterer, um ein die Bundesreform scharfer bestimmendes Amendement zu modiviren, Letzterer, um die Fiebe abzuschwächen, welche Brinz gegen Preußen geführt. Das Haus hat es nicht für gut befunden, auf das Brinz'sche Amendement einzugehen.

Graf Rechberg's Erklärung gegenüber Schindler lautet: Der Dr. Borredner hat über die Beweggründe der Politik Ausschlässe in verschiedenen Richtungen verlangt. Ich habe schon im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Budgetdebatte die Ehre gehabt, dem hohen Hause auseinanderzusetzen, wie die kaiserl. Regierung das Interesse und die Machtposition Oesterreichs als einzigen Leisfaden ihrer Politik gelten läßt, wie sie ihre Politik nur durch diese beiden Hauptmomente bestimmen läßt. Damals habe ich noch die Mittheilung gemacht, daß die Politik des kaiserl. Kabinetts eine Politik des Friedens und nicht eine Politik des Angriffes, daß sie aber auch fest entschlossen sei, die Integrität der Grenzen zu wahren, und daß sie in dieser Aufgabe auch mit Zuversicht darauf rechnen zu können glaubt, im gegebenen Fall eines äußern Angriffes auf die unbedingte Unterstützung dieses hohen Hauses, wie der ganzen Bevölkerung zählen zu können. Aus den Reden, die bei Gelegenheit der gegenwärtigen Debatte gehalten wurden, geht hervor, daß gerade auf diese vier Momente, welche ich eben erwähnt habe, von den meisten Vorrednern der Haupt Schwerpunkt gelegt worden ist. Es konnte der Regierung die Uebereinstimmung ihrer Ansicht mit der überwiegenden Majorität dieses Hauses nur sehr erfreulich sein; aber ich kann auch gleich-

zeitig die Versicherung ertheilen, daß nicht nur in der politischen Frage, wo diese Motive doch in dem Vorgehen der Regierung deutlich hervortreten, sondern in allen politischen Fragen, die gegenwärtig zur Sprache kommen, die kais. Regierung nur durch diese Motive und durch keine andern leiten lasse. (Bewegung im Hause und Zeichen der Heiterkeit in der Gallerie.)

Ueber die Handelsvertragsfrage erklärte Graf Rechberg: Es sei nicht richtig, daß die Regierung bis zum Abschluß des französisch-preussischen Handelsvertrages die Hand ruhig in den Schoß gelegt habe, und daß bis zum Jahr 1865 nichts geschehen wäre, wenn die Regierung nicht durch diesen preussisch-französischen Vertrag überascht worden wäre. Längst vor dem Abschluß dieses Vertrags seien Schriftstücke mit den deutschen Regierungen gewechselt und seinerzeit auch veröffentlicht worden, welche beweisen, daß die kais. Regierung nicht nur zur Wahrung österreichischer Rechte, sondern auch in der Richtung die geeigneten Schritte gethan habe, um der drohenden Wendung, welche die Verhandlungen in Berlin wegen des französisch-preussischen Zollvertrages für die österreichischen Interessen zu nehmen schienen, rechtzeitig entgegenzutreten. Die Verhandlungen hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Man aber fremde Regierungen, und namentlich die großen Seestaaten, ein neues System der Handels- und Zollgesetzgebung angenommen haben und freieren Grundlagen huldigen, konnte Oesterreich allein sich nicht ausschließen, sich nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben. In dieser Richtung seien Eröffnungen an Preußen und den Zollverein wegen Eintritt Oesterreichs in die Zollvereinigung mit Deutschland gemacht worden, und werden bis heute die Unterhandlungen aufs lebhafteste fortgeführt. Er könne sagen, daß der Gang, den die Verhandlungen mit den deutschen Regierungen genommen haben, in neuerer Zeit sich betriebigend gestaltet habe, und daß Hoffnung vorhanden sei, durch den Zollkongress, der in München tagt, dieser Verhandlung eine günstige Wendung zu geben.

Die (von der „Presse“ mißbilligte) Erklärung des Abg. Brinz gegen Preußen lautet: Als Entschädigung für die Allgemeinheit der Fassung wurde auch die Kalamität angeführt, in der das preussische Volk sich befindet, und gesagt, wir sollen hier nicht politisches Kapital machen wollen; vielleicht gerade Preußen gegenüber und nicht bloß seiner Regierung, sondern zum Theil auch seinem Volke und seinen Volkvertretern gegenüber wäre das Gefühl, ich muß es sagen, der Rache entschuldbar. (Bewegung.) Redner erinnert an Borris und seinen besamiten Ausspruch, der nur ein schwacher Abdruck dessen sei, was ein gegenwärtiger Minister von Preußen gesagt und geboten hat, und welcher Schrei des Entsetzens sei damals durch ganz Deutschland gegangen! Und nun vergleiche man damit das Zirkularschreiben vom 26. Januar. Was sei darauf von denselben Organen und denselben Centren der politischen Bewegung aus gesprochen, die den Borris verdammt hatten! Was sei geschehen, nachdem Bismarck gekündigt, er würde, wenn Oesterreich in Deutschland eintreten wollte, die Verbindung mit dem Ausland vorgehen; nichts sei geschehen! Auch dürfe man nicht verkennen, daß es selbst in der äußersten Noth in Preußen doch nicht im Sinne sehr bedeutender Männer an einer Neigung fehle, immer noch den Fuß auf uns Andere zu setzen, was das Beste sei, als die Führerschaft über uns Andere übernehmen zu wollen. Ich spreche nicht, fährt Redner fort, in Folge des Gegensatzes eines Süddeutschen gegen den Norddeutschen, eine Unterfcheidung, die meinem Herzen fremd ist, sondern im Gefühl der Gerechtigkeit und Gleichheit. Es ist nun zwar nicht meine Meinung, daß Kapital gemacht werden soll zu Gunsten Oesterreichs; aber wenn die österreichische Regierung aus der Lage, in welche Preußen meines Erachtens nicht ganz unwerth gekommen ist, Kapital machen wollte im gesamtdeutschen Interesse, dann würde ich ihr dankbar sein. Trotzdem beantrage ich eine bestimmtere Formulirung in Bezug auf die Art und Weise der Reform nicht, weil nicht Wenige mit der Fassung, die ich im Sinne hätte, sich noch nicht begnügen würden, und in Folge dessen eine Spaltung in die Abstimmung kommen könnte, in einem Augenblick, wo es auf Einheit ankommt. Auch ist es nicht Aufgabe einer Adresse, den Gang und die Art der Reform im Einzelnen zu betrachten. Die Aenderung, die ich dem Abschluß wünsche, beschränkt sich somit auf folgende Modifikation: „Mit reger Theilnahme verfolgt das Abgeordnetenhaus die Bemühungen der kais. Regierung, die Reform des Deutschen Bundes zur Wirklichkeit zu machen, um damit dem innern Bedürfnis eines großen Theils der österreichischen Staatsbürger und der Machtstellung des ganzen Reiches gerecht zu werden.“

Rechbauer sagte gegen Brinz, er bedaure, daß Dr. Brinz in dieser Richtung sich zu Äußerungen bestimmen ließ, welche dem Brudervolke gegenüber nicht begründet schienen. Die Zustände in Preußen können nicht dem preussischen Volke, noch weniger aber der preussischen Vertretung, welche bewundernswürdig daselbst, zum Vorwurf gemacht werden.

Wien, 27. Juni. Heute kam die Adreßdebatte im Abgeordnetenhaus zu Ende, und die Adreße wurde schließlich in dritter Lesung angenommen. Sie wird schriftlich eingereicht werden und das Haus vorerst auf etwa zehn Tage sich vertagen. Das Wichtigste aus der heutigen Verhandlung ist folgende Antwort des Staatsministers v. Schmerling auf eine Rede Schindler's:

Zwei Angelegenheiten seien zur Sprache gebracht worden; er fühle sich verpflichtet, im Namen der Regierung einige Bemerkungen abzugeben. Er habe den Hitenbrief des Bischofs von Trient (anlässlich der Conciliums-Zubehöfer erlassen) einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Wenn vorerst nichts vorgekehrt worden, so sei dies deshalb geschehen, weil er an den konstitutionellen Grund sätzen festhalte, daß in keiner Weise Kabinettsjustiz geübt werde. Es sei abzuwarten, daß die unteren Organe Das thun werden, was geschehen solle. Die zweite Frage, die in Erörterung gezogen worden, seien die konfessionellen Angelegenheiten im Allgemeinen gewesen. In dieser Beziehung müsse er bebauern, daß Schindler sich die Mühe genommen habe, aus Zeitungsnotizen sich die Kenntniss über die Verhandlungen mit Rom zu holen; er hätte seine Erfindungen viel leichter und genauer bei dem Staatsministerium einziehen können. Was die Kommission anbelange, welche im Schoße des Staatsministeriums wegen Regelung der konfessionellen Verhältnisse tagte, so könne er die Besetzung ertheilen, daß dieselbe aus sechs Mitgliedern unter seinem eigenen Vorstehe bestanden habe. In der Kommission seien drei Katholiken und drei Protestanten, unter den Ersteren allerdings zwei Geistliche, aber unter den drei Protestanten seien gleichfalls zwei Geistliche gewesen. Daß er selbst (Staatsminister) Katholik sei, nun, dieses Charakters habe er sich nicht entleiden können. Wenn die Resultate dieser Kommission einmal werden gewürdigt werden können, so werde man einsehen, daß man in gleicher Weise an dem Prinzip der Gleichberechtigung festgehalten habe. (Bravo!) Was die Negotiationen und die Sendung des Bischofs Preyer nach Rom betrifft, so

Kann ich auch da den Redner versichern, daß die Berichte des Bischofs aus Rom nur an mich gelangen, und daß seine Bemühungen, wie ich hoffe, zu einem befriedigenden Ziele führen werden. Als eine Unwahrheit muß ich bezeichnen, daß die Kurie Gegendienste verlangt hat; ist nicht vorgekommen. Bischof Fessler habe übrigens Instruktionen mitgenommen, und werde im Sinne derselben handeln. Daß die kais. Regierung den Schritt unternommen hat, sich in Unterhandlungen mit der Kurie einzulassen, werden alle Jene einsehen und billigen, die die Natur solcher Verhandlungen kennen, und wissen, wie notwendig in solchen Fragen das gute Einvernehmen zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt ist. Nach Abschluß der Unterhandlungen wird das zweite Stadium eintreten und vor dem Reichsrathe seine verfassungsmäßige Erledigung finden. (Lebhaftes Bravo.)

Der heutigen Verhandlung wohnte Thiers bei, der übrigens nicht die geringste Kenntniß der deutschen Sprache besitzt.

Italien.

Turin, 27. Juni. Senat. In der heutigen Sitzung in das Budget zur Diskussion. Der Finanzminister bemerkte, die in der ersten Hälfte des Jahres gemachten Ersparnisse beliefen sich auf 20 Millionen Fr. und würden am Ende des Jahres die Höhe von 25 Millionen Fr. erreichen. Er fügte hinzu, die neue Steuererhebung werde in vier Jahren das von ihm in seiner Darlegung der finanziellen Verhältnisse des Königreichs Italien angekündigte Resultat liefern. Der Senat gab dem Budget seine Zustimmung.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. Die Antwort Rußlands auf die Noten der drei Mächte kann, der „France“ zufolge, nicht vor 7 bis 8 Tagen in Paris bekannt sein. Es ist sogar zweifelhaft, ob die St. Petersburger Regierung sich so sehr beeilen wird; vorerst beschränkte sich Fürst Gortschakoff, den Regierungen von London, Paris und Wien einfach den Empfang der Noten zu bestätigen. — Es scheint sich zu bestätigen, daß die Reise des Kaisers nach Cherbourg auf unbestimmte Zeit vertagt ist. — Im heutigen Ministerrathe kam die den disponiblen Ministern und sonstigen hohen Staatsbedienten zu gebende Verwendung zur Sprache. Außerdem verlas Hr. Drouyn de Lhuys die Mittheilung Carl J. Russell's auf die ihm gemachten Vorschläge wegen eines neuen Vermittlungsversuchs, eventuell wegen Anerkennung der Regierung des amerikanischen Südbundes. Hr. Sibell ist, wie man versichert, in dieser Angelegenheit nach London abgereist. Er wird, von Hrn. Malou, dem Repräsentanten der Südstaatlichen in London, begleitet, am 1. Juli wieder in Paris erwartet. — Hr. Rouher wird morgen nach Karlsbad abreisen. — Man erwartet heute Abend in Paris die offiziellen Berichte des Generals Forey über die Einnahme Puebla's, welche der Dampfer „Channon“ gestern nach Southampton brachte. Es ist wahrscheinlich, daß morgen oder übermorgen der „Moniteur“ diese Berichte veröffentlicht wird, welche bis zum 20. Mai aus Puebla und bis zum 1. Juni aus Vera-Cruz reichen. — Wie die „Patrie“ meldet, hat der Kaiser vor einigen Tagen das Dekret unterzeichnet, womit die Beschränkung der Zahl der Bäder in Paris aufgehoben wird. — Die „Nation“ hält heute, der gegentheiligen Behauptung der „Patrie“ gegenüber, ihre Mittheilung aufrecht, daß der Herzog Morny von Einfluß auf die jüngste Kabinettsmodifikation war. — Der neue Unterrichtsminister Hr. Duray ist endlich angekommen und hat bereits dem Kaiser den verfassungsmäßigen Eid geleistet. — Der König von Portugal hat zur Einnahme Puebla's gratulirt; von London noch immer Nichts. — Die Börse war ohne Aenderung für heute 58.60, dagegen verlor der Credit-Mob. neuerdings den 1200.11.

Paris, 29. Juni. Die „Opin. nat.“ bringt heute einiges Nähere über die Einnahme von Puebla. Zunächst wird über den Kampf von San Lorenzo und den Angriff auf das Kloster von Santo Juez, welche der Einnahme der Stadt vorhergingen, berichtet. Santo Juez war in ganz ungeweiner Weise besetzt; u. A. hatte man hinter der letzten Mauer ein Gitter von schweren Eisenketten angebracht, welches auf Höhe der Brust mit einer Menge von Lanzen versehen war. Die Breschebatterie eröffnete das Feuer am 25. bei Tagesanbruch. Gegen 8 Uhr fällt ein Stück von der Mauer und man bläst zum Sturm. Das 1. Zuavenbataillon und eine Kompagnie Jäger stürzen vorwärts, bringen mit Ungestüm durch die Bresche ins Innere, und verschwinden dort. Ein Hagel von Kugeln, von Granaten aus der Schießscharte empfing sie. Die Infanterie griff das Gitter mit den Gewehrkolben an, aber es widerstand. Der General Douay befahl darauf den Rückzug. Dies geschah auf der rechten Seite. Während dieses verzweigten Kampfes zwei Kompagnien Zuaven unter Befehl des Hauptmanns Avril das Gitter zu umgehen, brachen mit Gewalt links Bahn, und indem sie die Vertheidigung des Feindes abschneiden, drangen sie im Laufe vorwärts bis auf die Punkte, welche ihnen Morgens bezeichnet worden waren. Sie warfen unterwegs zwei Bataillone des Feindes nieder, nachdem sie ihm 200 Mann getödtet und zwei Fahnen genommen hatten. Der Hauptmann Avril, welcher weder Krummer noch Hornisten hatte, hatte der zweiten Kolonne mehrmals zugerufen und gewinkt, daß man ihm folgen möge, ohne daß man ihn verstanden hatte, da man annahm, daß er sich auf der linken Seite zurückziehen werde, und war so mit seinen Leuten zwischen den Verschanzungen geblieben. Nachdem er in dieser Lage von 5 bis 6000 Mexikanern angegriffen und nach Verlauf von einigen Stunden sich von 12 Artilleriestücken umringt fand, ergab er sich um 5 Uhr Abends. Als am 4. Mai die Auswechslung der Gefangenen stattfand, bestätigten sich alle diese Einzelheiten. Seit 23. Apr. fingen die Lebensmittel in Puebla an zu fehlen, es blieben der Bevölkerung und Garnison nur als hauptsächlichste Nahrung die Pferde, Maultiere und Hunde. Ortega ließ täglich den Bewohnern 126,000 Rationen verabreichen. Aber am 10. Mai war Alles erschöpft, dergestalt, daß die Soldaten und ganze Familien Hungers starben. Am 18. begab sich der General Mendoza in's französische Lager, um im Namen des Generals Ortega dem General Forey die Uebergabe der Stadt anzutragen, mit der Bedingung des freien

Abzugs mit Waffen und Fahnen der Garnison, welche sich nach Mexico zurückziehen würde. Man weiß, daß dieser Antrag von französischen Oberbefehlshaber zurückgewiesen wurde. Nachmittags um 4 Uhr versammelte dann Ortega die unter seinem Befehl stehenden Generale, und es wurde beschloffen, die Armee aufzulösen, die Waffen zu zerschlagen, die Kanonen zu vernageln, die Fahnen zu verbrennen, und am nächsten Tage die Stadt zu übergeben. Zu diesem Endzweck erließ er folgende Proklamation während der Nacht:

Die Armee, Generalbefehl, 17. Mai. Da die Garnison wegen Mangels an Proviant die Vertheidigung der Stadt nicht fortsetzen kann und nicht glaubt dem Angriff widerstehen zu können, welcher ohne Zweifel morgen früh gegen die Stadt gerichtet wird, wenn man nach der Stellung des Feindes und nach der Kenntniß, welche er von unserer verweifelten Lage hat, urtheilt dar; da man übrigens von den Generalen auch die Meinung der Mehrzahl der Offiziere in Erfahrung gebracht hat, so befehlt der Obergeneral, daß heute zwischen 4 und 5 Uhr Morgens, um die Ehre der Republik und der Armee zu wahren, alle Waffen, welche der heldenmüthigen Vertheidigung gedient haben, zerbrochen werden. Alle Artilleriestücke werden gleichfalls zerstört werden. Gleichzeitig werden die Divisions- und Brigadegenerale die Armee aufzulösen. Um 5 Uhr wird man das Zeichen zur Kapitulation geben und auf allen Forts und allen vor den Belagerten gelegenen Häusern werden weiße Fahnen aufgehoben werden. Die Generale und Offiziere werden sich im Hofe der Kathedrale und des Regierungspalastes versammeln, um sich gefangen zu geben u. s. w.

Um 4 Uhr Morgens zeigte Ortega dem General Forey durch folgenden Brief an, daß er sich ohne Bedingung ergebe.

Puebla, 17. Mai 1863, 4 Uhr Morgens.
General! Da ich wegen Mangels an Lebensmitteln und Munition nicht fortsetzen kann, den Platz zu vertheidigen, habe ich die Armee aufgelöst, die unter meinem Befehl stand, und die Waffen, die Artillerie mit einbegreifen, zerstört. Folglich steht die Stadt zu Ihrer Verfügung. Sie können sie besetzen und, wenn es Ihnen genehm ist, die Maßregeln ergreifen, welche die Klugheit Ihnen eingeben könnte, um das Unglück zu vermeiden, welches aus einer gewaltsamen Besetzung herrühren kann. Die Generale und Offiziere, welche dieser Armee angehören, sind diesem Augenblick im Regierungspalast und erklären sich als Kriegsgefangene.
J. Gonzales Ortega.

Erstes badisches Landesschießenfest.

Mannheim, 29. Juni. Nachträglich zu unserm gestrigen Bericht müssen wir noch mittheilen, daß der Landes-Schießverein durch den Oberstlieutenant, Hrn. Apotheker Bissinger, gestrichl. Königl. Hoheit den Großherzog um die Erlaubniß gebeten hat, Höchstbemselben ein Audienz, besiehend in einem goldenen Schützenjacket, für Sr. Königl. Hoheit den Großherzog überreichen zu dürfen. Der Großherzog äußerte große Freude darüber, daß man des Erbprinzen so schön gebente, und wiederholte — was Hr. Oberbürgermeister Wachenbach gestern schon vernommen —, daß Sein Sohn in jenen Grundstücken erzogen werde, welche Er selbst als die richtigen erkannt habe.

Seute ist der Festplatz eben so stark wie gestern, nämlich von ungefähr 25,000 Menschen besetzt. Seit heute früh 6 Uhr wird an allen Schießständen unaufhörlich geschossen. Um 12 Uhr fand im Gabentempel die Verkündung und Auslosung der heute Vormittag geschossenen Weger unter lautem Jubel der Anwesenden statt. Hr. Louis Bermeitinger aus Schopfheim erhielt den ersten, Hr. W. J. Wurz aus Frankfurt den zweiten, und Hr. Aug. Dörner aus Nürnberg den dritten.

Die Theilnahme am heutigen Banquete war abermals eine außerordentliche. Als Festredner traten die Hh. Professor Dr. Krebs von hier und Hr. Adv. Leviner von Karlsruhe auf. Gestern habe man — sagte Hr. Dr. Krebs — unsern ganzen deutschen Vaterlandes gedacht, für das man hoffe und arbeite, dann unsern lieben Baden und seines deutschen Fürsten, seiner liberalen Regierung und der Kammer. Heute dürfe man nun wohl auch einen Blick auf ein Nachbarland werfen, das gewiß hinsichtlich der Schützenfeste in erster Linie stehe, nämlich die Schweiz. Redner zeichnete die kulturgeschichtlichen Zustände dieses Landes, seine nationalen Bestrebungen seit der Schlacht von Morgarten bis auf die neuere Zeit, seine Natur Schönheiten und Gastfreundschaft, welche sie insbesondere in den schweren Jahren 1848/49 gegen verfolgte patriotische Männer geübt, und brachte ein Hoch auf die schöne freie Schweiz.

Hr. Adv. Leviner sprach über Reform der Volksschule in Verbindung mit dem Turn- und Schützenwesen und verband damit die Aufforderung und Einladung zum Besuch des nächsten großen Turnfestes in Pforzheim. Hr. Obergerichtsadvokat Keller theilte sodann noch einige telegraphische Depeschen mit, welche heute einließen und Grüße und Beglückwünschungen auswärtiger Schützen und Schützenfreunde enthielten. Zum Schluß müssen wir der opferwilligen Thatkraft der hiesigen und Ludwigsfelder Turner, welche für Aufrechterhaltung der Ordnung thätig sind, rühmend gedenken.

Baden.

Waghäusel, 29. Juni. Man schreibt dem „Mannh. Journ.“: „Ein harmloses Vergnügen, welches von Beamten und den Arbeitern der hiesigen Zuderfabrik unlängst veranstaltet wurde, hat der Berliner „Kreuzzeitung“ Veranlassung gegeben, eben so taktlose als lächerliche politische Unterstellungen daran zu knüpfen. Durch einen Zufall fiel das als Revanche für ein früher von der Umgegend den Waghäuslern gegebenes Waldfest auf einen Tag, dessen historische Reminiscenz anzuregen Niemanden in den Sinn kam. Die „Kreuzzeitung“ mag dafür das schlechte Wetter verantwortlich machen, welches das ursprünglich acht Tage vorher festgesetzte Fest auf den nächsten Sonntag verschob; ihre ungehörigen Insinuationen aber geschehen damit von selbst.“

Heidelberg, 30. Juni. Am 4. Juli wird dahier von den in Süddeutschland lebenden Amerikanern aus den Vereinigten Staaten das Jahresfest ihrer Unabhängigkeit und Union festlich durch ein Mittagsessen im Hotel Schrieder gefeiert werden, woran die verschiedenen Konsuln und Bizekonsuln Theil nehmen und wobei eine große Anzahl Gäste von Frankfurt, Stuttgart, Karlsruhe, der Schweiz u. s. w. erwartet werden.

Rastatt, 29. Juni. Heute ist einem auf der Bahlinie Rastatt-Muggensturm stationirten Bahnwärter eine freudige Ueberraschung zu Theil geworden. Vormittags 9 Uhr traf der königl. preussische Generalmajor und Kommandant der Bundesfestung Rastatt, Hr. v. Nechtzig, in Begleitung des königl. preussischen Obersten und Regimentskommandanten v. Zabel bei dem Waldesbaum gelegenen Wartstation des Bahnwärters Widmann an und überreichte demselben in Anwesenheit des groß. Bahnverwalters von Rastatt eine ansehnliche Remunera-

tion, welche das zur Zeit in Köln liegende königl. preussische 25. Infanterieregiment dem Bahnwart Widmann dafür ausgeworfen hat, daß derselbe ein seiner Wartstation argentüberliegendes Denkmal, welches genanntes Regiment seinen am 29. Juni 1849 im Gefechte daselbst gefallenen Kameraden errichten ließ, nicht nur, wie ihm von zuständiger Seite befohlen, vor Beschädigung beschützt, sondern auch in uneigennütziger Weise dessen Umgebung mit Blumen und Gesträuchen verschönert hat. Hr. General v. Nechtzig begleitete die Uebergabe des Geschenkes mit leutseligen und gewinnenden Worten. Wir müssen noch hervorheben, daß alljährlich den 29. Juni die Uebergabe dieser Remuneration an den Betroffenen erfolgen wird.

Freiburg, 28. Juni. Vorgestern und gestern stand Fridolin Matt von Seggen, der Brandstiftung unter erschwerten Umständen angeklagt, vor den Schranken des Schwurgerichts. Gegen denselben wurde schließlich eine Zuchthausstrafe von 20 Jahren erkannt.

Freiburg, 28. Juni. (Oberh. Kur.) Gestern wurde die Wahl einer Vorsteherin im Lehrinstitut Abelhausen vorgenommen und mit allen gegen 3 Stimmen, welche Frau Bertha Wirth erhielt, Frau Theresia Häselin als solche erwählt.

Konstanz, 25. Juni. (Sch. M.) Die Resultate der hiesigen Industriearbeitung während der Eisenbahn-Festlichkeiten können als äußerst günstige bezeichnet werden. Der Besuch war ein über alles Erwartetes lebhafter, so daß dadurch und den starken Absatz an Posten gegen 300 Gegenstände zu Gewinnen angekauft werden konnten. Seit dem Betrieb der Eisenbahn ist überhaupt ein sehr reges Leben in unsere Stadt eingezogen, und wer Konstanz vor Eröffnung der Bahn gesehen hat, kennt sich jetzt gar nicht mehr aus. — Die Dampfschiffahrt von hier nach Schaffhausen, eine der schönsten Strecken, leidet durch die Konkurrenz der Eisenbahn so sehr, daß die beiden Gesellschaften von Lindau und Romanshorn, welche bisher diese Strecke befahren haben, dieselbe in nächster Zeit aufgeben wollen. — Der Schöggau und namentlich der Hohentwiel wird seit dem Betrieb der Eisenbahn außerordentlich stark besucht. — Auf der hiesigen Schiffswerft wird gegenwärtig ein neues Dampfboot, der groß. Verwaltung gehörend, zusammengefeßt; es ist dies das 21. Dampfboot, das noch im Lauf dieses Jahres den Bodensee befahren wird.

Vermischte Nachrichten.

Weimar, 28. Juni. (Fr. Z.) In dem nahen Dorfe Oberingen, wo eben die Kirme gefeiert wurde, ist es am Abend des 25. d. zwischen Soldaten zu einem argen Streit gekommen. Die Soldaten scharten sich zusammen, hieben auf Alles ein, was ihnen in den Weg kam. Eine größere Anzahl Bauern sind zum Theil schwer verwundet worden, darunter zwei, bei welchen man am Wiederaufkommen zweifelt.

Aus Sachsen, 25. Juni. Das sächsische Städtchen Geyer ist gegenwärtig wohl der unglücklichste Ort in Deutschland. Im Okt. vor. J. hatte eine Feuersbrunst das halbe Städtchen und die eingeholte Ernte verzehrt; vor kurzem hat der Hagel seine diesjährige Ernte auf dem Halme vernichtet, und nun hat heute, wie „Sächs. Bl.“ berichtet, eine neue Feuersbrunst den Rest des Orts bis auf ein paar Häuser eingeäschert.

Berlin, 25. Juni. (Köln. Z.) Der Prozeß gegen die „Gartenlaube“ wurde heute in zweiter Instanz vor dem k. Kammergerichte verhandelt. Es waren bekanntlich die Nummern 27 und 28 der Gartenlaube, welche die so vielfach angefochtene Novelle: „Der Untergang der Amazone“ enthielten. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen des Inhalts dieser Novelle Anklage erhoben, und das Kriminalgericht hatte nach ausgedehnten Vorverhandlungen endlich auf Vernichtung der beiden inkriminirten Nummern erkannt. Gegen diese Entscheidung hatte der Rechtsanwalt Lewald im Auftrage mehrerer Beschlagnahme-Interessenten die Appellation eingelegt und in derselben ausgeführt, daß der erste Richter Stellen seiner Beurtheilung unterzogen habe, welche in der Anklage nicht vorgehoben seien, und daß die Vernichtung der Nr. 28 nicht hätte ausgesprochen werden dürfen, weil sie keinen Passus enthalte, in dem ein Vergehen gefunden worden wäre. Im Audienstermine führte der Kammergerichtspräsident Preiß, als Substitut des Rechtsanwalts Lewald, dies weiter aus. Der Gerichtshof bestätigte die Vernichtung der beiden inkriminirten Nummern.

Bozen, 25. Juni. Kardinal v. Reissach, der Legat des Papstes bei der Conciliumsfeste, der, um die sardinischen Staaten nicht zu betreten, einen Umweg über Marseille und die Schweiz nahm, wurde bei seiner gestrigen Durchreise von unserm Probst in feierlicher Prozession empfangen. Unter Vortritt der Schuljugend, einer Menge Fahnen, der Pfarrmusik und des gesammten Klerus hielt er unter einem Traghimmel bei Glockengeläute und Böllerschall seinen Einzug; das zührende Volk lag andächtig auf den Knien, aber weder die Gemeindevorstellung, noch die Zivilbehörden theilnahmen sich am Festzug. In Trient selbst sollen nicht weniger als 39 Prälaten, darunter fünf Karbinäle, theils schon eingetroffen, theils noch erwartet sein, und das Programm der neuntägigen Feier, die ihre volle Pracht erst in den letzten vier Tagen, vom 26. bis 29. d. M., emfallen wird, enthält nicht bloß Pontifikalmessen, Ehorgänge und Prozessionen, sondern auch Feuerwerke und mannichfache Volksbelustigungen.

Der Riesenhanf wird seit mehreren Jahren nur in Gärten gezogen; allein er verdient die Aufmerksamkeit aller Landwirthe, besonders wenn langer und starker Hanf gewonnen werden soll, wie er, für das Gewebe bestimmt, sein muß. In gutem Boden wird er über 12 Fuß hoch; in mittelmäßigem, nicht gedüngtem Lande aber eben so schön, wie der von der gemeinen Art, welcher auf dem ärgsten Boden erwachsen ist. Der Riesenhanf kann also überaus ohne Weiteres gebaut werden, während der gemeine Hanf nur nach besonderer Vorbereitung des Bodens — mit Düng u. s. w. gut geübt. Saat und Stand der Stengel ist dem gemeinen Hanf gleich, nur muß man einen Theil auf gutes Land säen zur Gewinnung eines reinen Samens, weil dieser durch jede Schwächung leicht ausarten würde. Somit wäre der Hanfbau nicht mehr auf besondere Gegenden angewiesen, er kann sich vielmehr allgemein verbreiten, und dabei erspart der Landwirth noch den meisten, bisher für die Hanfäder nöthigen Dünger.

Karlsruhe, 30. Juni. Bei der heute vorgenommenen Gewinnziehung der badischen 35-l. Loose sind folgende 10 Nummern mit je 1000 fl. Gewinn gezogen worden: Nr. 17,365, 27,228, 31,665, 109,402, 126,889, 185,730, 265,891, 274,520, 307,019, 310,112.

* Marau, 30. Juni. Rheinwasserwärme: 18 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

